

Heinrich Schliemann und die preußische Bürokratie

† Barbara Faensen

Im Lebenswerk Heinrich Schliemanns spielt das Verhältnis zur preußischen Bürokratie eine besondere Rolle. Wenn man sich mit den Bergen hinterlassener Akten beschäftigt, wird man sich der Anteilnahme am Schicksal dieses ehrgeizigen und unglücklichen Mannes nicht entziehen können, dem wir mehr Einsichten in die alten Kulturen zu danken haben, als all den Beamten, die über ihn zu befinden hatten. Ihre Namen sind zur Zeit längst vergessen.

Ich komme nicht aus der wissenschaftlichen Arbeit, sondern bin Journalistin. Die Beschäftigung mit Heinrich Schliemann und mit den in Merseburg und Potsdam archivierten Akten danke ich dem glücklichen Zufall eines Besuches von Herrn Professor G. S. Korres. Er hatte die Fotokopie eines Briefes aus dem Jahre 1876 bei sich, gerichtet an das preußische Ministerium der geistlichen-, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Es machte unserem Gast, so gut er die deutsche Sprache beherrscht, etwas Mühe, die alte deutsche Kurrentschrift zu entziffern. Sie wird seit etwa 50 Jahren nicht mehr gebraucht.

Bei den über 1000 Seiten, die mir im Laufe der beiden letzten Jahre mit der Bitte um Transkription geschickt wurden, handelte es sich vorwiegend um Korrespondenzen zwischen den Ministerien in Berlin und den deutschen Botschaften in Athen und Konstantinopel, vor allem aus den Jahren 1879 (einige wenige noch davor) bis 1895. Sie betreffen die Ausgrabungen in Griechenland und in der Türkei oder Schliemann persönlich und nach seinem Tode die schwierigen Fragen des Nachlasses und des Transportes der Altertümer nach Berlin. Briefe an Schliemann lagen mir nicht vor.

Von vielen dieser Korrespondenzen sind offenbar nur die Entwürfe ministerieller Dienststellen erhalten geblieben mit zahlreichen Korrekturen und Randnotizen für den Schreiber, welches Papierformat er zu wählen hat und für wen Kopien anzufertigen sind. Diese Bemerkungen geben Aufschluß über den Arbeitsstil und die Verweildauer in den Büros. Jeder

der Herren, die diese Briefe oder nur deren Entwürfe zu bearbeiten hatten, machte sich mit seinem Signum ein bißchen wichtig oder sicherte sich mit Rückendeckung seines Vorgesetzten oder anderer Dienststellen. Selbst auf kurzen Briefen finden sich gelegentlich 15 oder 16 solcher Bearbeitungsvermerke.

Die Postbeförderungszeiten zwischen Athen und Berlin oder zwischen Berlin und Konstantinopel waren erstaunlich kurz. Ein am 27. Dezember 1889 von Schliemann in Athen aufgebener Brief trägt bereits nach vier Tagen die Bearbeitungsvermerke des Auswärtigen Amtes in Berlin. Dann aber blieben manche Vorgänge über längere Zeit unbearbeitet liegen. In einem Brief an Puttkamer bemerkt Bismarck, daß seine Ordre vom 17. Mai 1881 erst am 11. des folgenden Monats weitergegeben worden sei.

Die engen, gedrückt wirkenden Schriftzüge Schliemanns im Umgang mit preußischen Behörden fallen dem Leser auf. Bis zu 85 und 90 Buschstaben quetscht er in eine Zeile, geht in seinen vorwurfsvollen, oft auch zornigen Formulierungen zuweilen recht großzügig mit der Orthographie um, vergißt hier und da ein Wort oder schreibt das gleiche Wort im selben Brief auf verschiedene Weise. Die Interpunktion ist flüchtig. Man spürt das ungeduldige Temperament des Forschers, die Nervosität, die Ruhelosigkeit und zugleich ein gewisses Schutzbedürfnis und mangelndes Selbstbewußtsein. Dieser Handschrift fehlen alle eiteln Schnörkel, die sich bei den Schreibern in den Ministerien so oft finden. Schliemanns Schrift empfinde ich als sachlich, nüchtern, unaufwendig. Sie steht in verblüffendem Gegensatz zu seinen pathetischen, auch gereizten, anklagenden, bitteren und zuweilen unterwürfigen Formulierungen.

Der ministerielle Schriftverkehr, ob Schliemann für würdig befunden werden könne, mit dem Kronenorden zweiter Klasse ausgezeichnet zu werden, erstreckt sich in Abständen zwischen Juli 1879 und Juni 1881. Der Kronenorden, gestiftet 1861 von König Wilhelm I., stand etwa an vierter Stelle der Ordens-

ränge und wurde in vier Klassen und 21 Varietäten verliehen. Schliemann erhielt das Patent endlich am 13. Juni 1881. Allein 16 Briefe, Gutachten, Ordres zu diesem Vorgang fanden sich in den mir vorliegenden Akten. Aus dem Jahre 1879 gibt es dazu zwei Briefe. Der eine vom 17. Juli ist von der Kaiserlich Deutschen Botschaft in St. Petersburg an das Auswärtige Amt in Berlin gerichtet und legt das Ergebnis von Erkundigungen über Schliemanns Geschäftsgebaren und seine Familienverhältnisse dar. Während sein kaufmännischer Ruf positiv eingeschätzt wird, äußert sich der unterzeichnende Herr von Schweinitz negativ über die in Amerika vorgenommene Scheidung von der ersten Frau und bemerkt: "Dieser letzte Umstand ist es auch hauptsächlich, welcher bewirkt hat, daß Schliemann von seinen hiesigen Landsleuten und früheren Berufsgenossen nicht immer günstig beurtheilt wird und hat wohl auch Anlaß zu den Gerüchten gegeben, welche nach dem Hohen Erlaß über den Genannten in Umlauf gesetzt worden sind. Übrigens hat man mich versichert, daß er seiner ersten Frau eine reichliche Pension ausgesetzt hat".

In einem Brief vom 23. Oktober des gleichen Jahres vom Unterrichtsministerium an Bismarck wird im Zusammenhang einer Ordensverleihung für Frank Calvert nur der Satz angefügt: "Die Frage auf Dr. Schliemann hat sich dadurch erledigt, daß derselbe nach dem Resultat der eingezogenen Erkundigungen eine Ordensdekoration nicht zu erhalten wünscht".

Erst zwei Jahre später läßt Generaldirektor Schöne von der Verwaltung der Königlichen Museen in einem Schreiben an Minister Puttkamer durchblicken, daß er "auf Grund mehrerer neuerer Briefe des Dr. Schliemann im Gegensatz zu früher von Euerer Excellenz gelangten Mittheilungen annehmen darf, derselbe werde es gegenwärtig mit dem größten Danke anerkennen, wenn Seine Majestät die Gnade haben wollte, ihm eine Allerhöchste Auszeichnung zu verleihen".

Als Schliemann im Jahre 1880 seine erste kostbare Schenkung dem deutschen Volke vermachen will, scheint er regelrecht auf einer persönlichen Zusage des Kaisers bestanden zu haben, diese Schenkung auch annehmen und geordnet, gesichert und ansprechend aufstellen zu lassen. Die preußischen Behörden reagieren vorsichtig und hinhaltend. Virchow schaltet sich schließlich ein, um dem lahmen Amtsschimmel die Sporen zu geben. In einem Brief vom 22.

Dezember 1880 an den Unterstaatssekretär schreibt er im Namen der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft: "...Indeß möchte ich doch auch Ihnen diese Sache recht dringend ans Herz legen, damit nicht etwa von anderer Seite her lockendere Anerbietungen einen Eindruck auf das Herz des leicht beweglichen Mannes erregen".

Zweimal das Wort Herz in einem einzigen Satz. Es läßt Virchows einfühlsame Haltung gegenüber Schliemann erkennen. Wie ungleich der Kampf war zwischen dem emotional reagierenden Schliemann, der sich in seinem rastlosen Leben offenkundig nach nationaler Zugehörigkeit sehnte, und den preußischen Behörden, die sich hinter einer Mauer von Kälte und Sachlichkeit verschanzten und den empfindlichen, störrischen Mann nicht als Wissenschaftler annahmen.

In einem 18 Seiten langen Brief Puttkamers an den Kaiser vermittelt durch Bismarck - ist unter dem 21. Januar des folgenden Jahres zu lesen: "Aus den mit dem Dr. Schliemann geführten Verhandlungen geht hervor, und wird von anderer, dem Genannten persönlich nahestehender Seite bestätigt, daß derselbe den lebhaften Wunsch hegt, eine Allernädigste Zusage Ew. Majestät in Betreff der Annahme der Schenkung und der an dieselbe geknüpften Bedingungen als ein auch für seine Nachkommen theures Dokument direkt an sich gerichtet zu sehen. Obgleich diese Form eine ungewöhnliche sein würde, glauben Eure Majestät wir doch die Allernädigste Erfüllung dieses Wunsches des Dr. Schliemann in Vorschlag bringen zu dürfen".

Auch nach Schliemanns Tod änderte sich das Verhalten der preußischen Bürokratie nicht. Nachdem die griechische Regierung der Ausfuhr eines Theiles der Altertümer zugestimmt hatte, wurde über ein halbes Jahr verhandelt und zwischen Ministerien und Reichskanzleramt, der Generalverwaltung der Königlichen Museen, den Reedereien, der Botschaft in Athen hin- und herkorrespondiert. Die Auseinandersetzungen erfolgten auf langwierigen und umständlichen Instanzenwegen. Sie beschäftigen sich nicht mit Sorgfalt und Sicherheit für die kostbare Ladung, die in einem der Schreiben als "Töpferware" deklariert wurde und aus 58 Kisten zu je etwa 100 Kilo bestand, sondern mit dem kostengünstigsten Frachttarif. Sowohl eine dänische als auch eine österreichische Reederei waren im Gespräch. Aus vaterländischen Rücksichten entschied man sich für die

deutsche Levante-Linie. Sie bestand auf einem Pauschaltarif von 1500 Mark für den Fall, daß die Fracht auf der Heimreise an Bord genommen würde und damit auf kürzestem Wege und ohne Umladen nach Hamburg gelange. (Von dort aus sollte sie auf dem Schienenwege nach Berlin befördert werden.) Diese verhältnismäßig hohe Summe ergab sich daraus, daß die Schiffe der Levante-Linie - von wenigen Ausnahmen im Jahr abgesehen - nur auf der Ausreise im Piräus anlegten, um dann verschiedene türkische Häfen anzulaufen. Auf der Heimreise noch einmal im Piräus festzumachen, hätte einen Umweg und noch einmal Hafengebühren gefordert.

Die preußischen Regierungsstellen lehnten es energisch ab, diesen hohen Preis zu zahlen und beharrten auf dem Einheitspreis von 35 Mark pro 1000 Kilo. Die Gefahren für die Ladung durch die weit längere Route auf stürmischer See und die der Notwendigkeit mehrfachen Umladens in anderen Häfen wurde unterschätzt und bagatellisiert. Man sparte mindestens 1000 Mark Frachtgebühren. Einschließlich der Kosten für die Verpackung trug sie zur Hälfte der preußische Staat, zur anderen Hälfte der Reichsfond. Eine abschließende Aufstellung der Transportkosten auf See - und Landweg - in Berlin

mußten dann ja noch Fuhrwerke bezahlt werden - fehlt leider in den erhalten gebliebenen Akten. Sicher ist aber, daß die Vertreter der Levante-Linie an ihrem knauserigen Kunden nur noch wenig Interesse zeigten. Und so mußte denn der Generaldirektor der Königlichen Museen lebhaftige Klage führen. In einem Brief vom 22. Februar 1892 an den Königlichen Staatsminister und Minister der geistlichen-, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten, Graf von Zedlitz-Trützschler schreibt er u.a.: "Allerdings muß bei dieser Gelegenheit bemerkt werden, daß nach einer Anzeige des Dr. Dörpfeld die Verladung im Piräus seiner Zeit mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen ist, weil weder der Agent der deutschen Levante-Linie, noch der Kapitän oder die Offiziere des Dampfers 'Chios' derselben sich in irgend einer Weise entgegenkommend bewiesen haben, daß insbesondere trotz aller Gegenvorstellungen die Einladung in sehr roher Weise besorgt worden ist. Auf letzteren Umstand dürfte daher ein nicht unwesentlicher Teil der Zertrümmerungen zurückzuführen sein".

Das Interesse am Einhalten des Budgets hatte sich als stärker erwiesen als der Sinn für kulturelle Werte und wissenschaftliche Leistungen.

Berlin, 1990